

F.A.  
HAYEK

*Wirtschaft,  
Wissenschaft  
und Politik*

*Aufsätze zur  
Wirtschaftspolitik*



MOHR SIEBECK

Hayek  
Gesammelte Schriften  
in deutscher Sprache

A 6



Friedrich A. von Hayek

Gesammelte Schriften  
in deutscher Sprache

herausgegeben von  
Alfred Bosch, Manfred E. Streit,  
Viktor Vanberg, Reinhold Veit

mit Unterstützung von  
Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft  
und  
Walter Eucken Institut

Abteilung A: Aufsätze  
Band 6

Mohr Siebeck

Friedrich A. von Hayek

Wirtschaft, Wissenschaft  
und Politik

Aufsätze zur Wirtschaftspolitik

Herausgegeben von Viktor Vanberg

Mohr Siebeck

Redaktion: Wendula Gräfin v. Klinckowstroem im Walter Eucken Institut

*Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme*

*Hayek, Friedrich A. /von*

Gesammelte Schriften in deutscher Sprache / Friedrich A. von Hayek. – Tübingen :  
Mohr Siebeck

Bd. A 6. Wirtschaft, Wissenschaft und Politik : Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. –  
2001

ISBN 3-16-147460-0 / eISBN 978-3-16-162259-5 unveränderte eBook-Ausgabe 2023

© 2001 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen gesetzt, auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden. Umschlagentwurf von Uli Gleis in Tübingen.

## Inhalt

Abgekürzt zitierte Sammlungen .....	VII
-------------------------------------	-----

### Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik

1. Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik (1953) .....	3
2. Strukturpolitik und Wettbewerbswirtschaft (1959) .....	15
3. Gewerkschaften, Inflation und Gewinne (1959) .....	30
4. Die Aktiengesellschaft in einer demokratischen Gesellschaft: In wessen Interesse sollte sie und wird sie geführt werden? (1960) ...	46
5. Der Trugschluß des »Abhängigkeitseffekts« (1961) .....	60
6. Wirtschaft, Wissenschaft und Politik (1962) .....	65
7. Marktwirtschaft oder Syndikalismus? (1969) .....	83

### Zu Fragen der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik

8. Vollbeschäftigung, Planwirtschaft und Inflation (1950) .....	91
9. Inflation als Folge der Lohnstarrheit nach unten (1958) .....	101
10. Alte Wahrheiten und neue Irrtümer (1963) .....	106
11. Der Feldzug gegen die keynesianische Inflation (1978) .....	121
12. Der Strom der Güter und Leistungen (1984) .....	161

## Wirtschaftspolitische Einzelfragen

13. Das Mieterschutzproblem (1928) .....	181
14. Wirkungen der Mietzinsbeschränkungen (1930) .....	208
15. Probleme und Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft (1947) ....	224
16. Die Ökonomie der Erschließungsgebühren (1949) .....	240
17. Die Ungerechtigkeit der Steuerprogression (1952) .....	259
Bibliographisches Nachwort .....	269
Namenregister .....	273
Sachregister .....	275

## Abgekürzt zitierte Sammlungen

Hayek, *Schriften* A 1 ff. bzw. B 1 ff., 2001 ff.

F. A. von Hayek, *Gesammelte Schriften in deutscher Sprache*, hrsg. von Alfred Bosch, Manfred E. Streit, Viktor Vanberg und Reinhold Veit, Tübingen 2001 ff.

Hayek, *Works* Iff., 1988 ff.

F. A. Hayek, *The Collected Works of F. A. Hayek*, edited by W. W. Bartley III et al., Chicago und London 1988 ff.

Hayek, *Profits*, 1939

F. A. Hayek, *Profits, Interest and Investment: and Other Essays on The Theory of Industrial Fluctuations*. London 1939. – Reprinted: New York 1969, 1970; Clifton, NJ 1975.

Hayek, *Individualism*, 1948

Friedrich August Hayek, *Individualism and economic order*, Chicago 1948. – Gateway edition: Chicago 1972. – Midway reprint: Chicago [?] 1980.

Hayek, *Individualismus*, 1952

Friedrich August Hayek, *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung* [Originaltitel: *Individualism and economic order*], übersetzt von [Helene] Hayek, Erlenbach-Zürich 1952. – 2., erweiterte Aufl., fotomechanischer Nachdruck der 1. Aufl. 1952 mit einem bibliographischen Anhang von Kurt R. Leube. Salzburg 1976.

Hayek, *Studies*, 1967

Friedrich A. von Hayek, *Studies in Philosophy, Politics and Economics*, Chicago 1967.

Hayek, *Freiburger Studien*, 1969

F. A. von Hayek, *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, Tübingen 1969. – 2. Aufl., fotomechanischer Nachdruck der 1. Aufl. 1969, Tübingen 1994.

Hayek, *Drei Vorlesungen*, 1977

Friedrich A. von Hayek, *Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*, Tübingen 1977.

Hayek, *New Studies*, 1978

F. A. Hayek, *New Studies in Philosophy, Politics, Economics and the History of Ideas*, Chicago 1978.

Hayek, *Money*, 1984

F. A. Hayek, *Money, Capital and Fluctuations: Early Essays*, translated and edited by Roy McCloughry. London 1984.

Hayek, *Anmaßung*, 1996

F. A. von Hayek, *Die Anmaßung von Wissen: Neue Freiburger Studien*, hrsg. von Wolfgang Kerber. Tübingen 1996.

# Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik



## Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik\*

Wenn wir heute auf die wirtschaftspolitischen Diskussionen des 19. Jahrhunderts zurückblicken, in denen viele der Begriffe gebildet wurden, deren wir uns immer noch bedienen, so sehen wir, daß in einem entscheidenden Punkte eine uns heute kaum mehr verständliche Verwirrung herrschte. Die große Streitfrage, die scheinbar die Geister trennte, war, ob der Staat das Wirtschaftsleben kontrollieren oder ob er sich jeder Einflußnahme darauf enthalten sollte: Hie Lenkung der Wirtschaft durch den Staat, hie »Laissez faire« -, so spiegelte sich wenigstens im Denken der großen Menge der entscheidende Gegensatz wider, der den wirtschaftlichen Liberalismus von den interventionistischen Bestrebungen konservativer oder sozialistischer Prägung trennte. Allerdings hat kein Nationalökonom von Ansehen je ernstlich das Prinzip des Laissez-faire im wörtlichen Sinn verteidigt, sondern sie haben alle gesehen, daß das Funktionieren einer »freien« Wirtschaft ganz bestimmte Tätigkeiten des Staates voraussetzt und erfordert. Aber eine wirklich befriedigende Unterscheidung zwischen jenen Staatstätigkeiten, die eine freie Wirtschaft erforderte oder die zumindest mit ihr vereinbar waren, und jenen, die als »Intervention« mit ihr unvereinbar waren, haben uns jene Theoretiker des klassischen Wirtschaftsliberalismus nicht hinterlassen. Ganz im Gegenteil zu ihrem heutigen Rufe als Doktrinäre waren die meisten von ihnen sehr vernünftige, ja in einem Sinne des Wortes viel *zu* »vernünftige« Leute, die bei aller prinzipiellen Gegnerschaft gegen Staatsintervention oft nur zu bereit waren zuzugeben, daß in dem besonderen Falle die Umstände eine Ausnahme rechtfertigten.

Dieser Mangel eines klaren Prinzips hat sich schwer gerächt. Wenn jede wirtschaftspolitische Maßnahme ausschließlich nach ihrem unmittelbaren Zweck und nach keiner Gesamtkonzeption des erwünschten Wirtschaftssystems entschieden wurde, so war es unvermeidlich, daß das Ergebnis ganz etwas anderes war, als man angestrebt hatte. Man flickte an einem im Grunde vom Wettbewerb in Gang gehaltenem Ganzen so lange herum, bis weder der Wettbewerb noch irgendein anderes Ordnungsprinzip seine regulierende

---

\* Überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten im Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln am 20. Juli 1953.

Funktion wirklich erfüllen konnte. Daß dabei die Wirtschaftspolitik vorwiegend von anti-liberalen Gedanken geleitet wurde, war eigentlich unvermeidlich, denn es gab keine wirklichen Prinzipien einer liberalen Wirtschaftspolitik: Wirtschaftspolitik treiben, schien im Gegensatz zu den Grundprinzipien des Liberalismus zu stehen, ganz besonders dann, wenn sie sich Sozialpolitik nannte. Nichtstun kann kaum als Politik bezeichnet werden – und es ist gewiß kein rational zu rechtfertigendes Prinzip, wenn es in der Praxis bedeutet, daß die historisch gegebene rechtliche Ordnung und damit viele tief in das Wirtschaftsleben einschneidende Zwangsmaßnahmen des Staates als selbstverständlich stillschweigend hingenommen werden.

Es war darum eine ganz wichtige Tat, auch wenn sie im Grunde nur die systematische Anwendung alter Erkenntnisse bedeutete, wenn schon vor dem Kriege vor allem der so schwer vermißte Walter Eucken und eine Gruppe um ihn die bewußte Verwendung des Wettbewerbs als Ordnungsprinzip der Wirtschaft zum Grundstein eines Neuliberalen Programms machten und die Aufgaben der Wirtschaftspolitik vor allem darin sahen, die Bedingungen zu schaffen, unter denen der Wettbewerb sich so wohltätig und störungsfrei wie möglich auswirken könne. Die Bemühungen dieser deutschen Gruppe trafen dabei mit ähnlichen Bemühungen in anderen Ländern, besonders in Österreich, England und Amerika, zusammen und heute ist über die sich aus diesem Programm ergebenden Probleme eine lebhaft internationale Diskussion im Gange. In Deutschland scheinen die Ziele dieser Bewegung unter dem, ich glaube von Müller-Armack geprägten, Namen »Soziale Marktwirtschaft« schon in erfreulich weiten Kreisen bekannt geworden zu sein.

All das heißt natürlich nicht, daß der Klärungsprozeß der Grundbegriffe wirklich schon zum Abschluß gekommen ist und wir uns jetzt ganz der Ausarbeitung der konkreten Anwendungen der allgemeinen Prinzipien zuwenden können. Im Gegenteil, manche der alten Gegensätze treten nun wieder in neuer Form auf und das gilt insbesondere auch für die Frage, in welchem Sinne eine Wettbewerbsordnung eine laufende Kontrolle durch die Wirtschaftspolitik erfordert. Das Problem, mit dem ich mich hier besonders auseinandersetzen will, ist vor allem, ob die Annahme des Prinzips der Marktwirtschaft nur bedeutet, daß das *Ziel* der Wirtschaftspolitik ein anderes geworden ist, aber dem Staat (oder besser gesagt der Verwaltung) grundsätzlich dieselben Machtmittel zustehen wie in der Vergangenheit, oder ob die Wettbewerbswirtschaft auch eine allgemeine Beschränkung der *Art* von Maßnahmen bedeutet, die der Staat vornehmen darf.

Da ich mich hier besonders an deutsche Leser wende, möchte ich noch kurz erklären, von welchem Standpunkt ich das Problem behandeln will – und *allein* kann: Ich spreche in einem ganz bestimmten Sinn als Theoretiker. Ich bin nicht nur mit besonderen Problemen Deutschlands wenig vertraut, sondern auch

nicht in erster Linie an den unmittelbaren Problemen der Praxis interessiert. Der eigentliche Wirtschaftspolitiker muß sich mit dem befassen, was im bestehenden Zustand der öffentlichen Meinung politisch möglich ist. Er muß ständig Kompromisse schließen zwischen dem, was ihm eigentlich richtig erscheint und dem, was unter den gegebenen Umständen praktikabel ist. Ja er wird es als verlorene Mühe betrachten, sich lange den Kopf darüber zu zerbrechen, was eigentlich richtig wäre, wenn ihn das offenbar zu Empfehlungen führt, die in naher Frist keinerlei Aussicht auf Verwirklichung haben. Es ist das für den, der praktische Entscheidungen zu fällen hat, eine durchaus richtige Einstellung. Ich habe keinen Zweifel, daß, wenn äußere Umstände mich nicht auf die Bahn des Theoretikers gedrängt hätten, ich, um Einfluß auf die wichtigen Entscheidungen des Augenblicks zu gewinnen, ebenso bereit gewesen wäre, in den reinen Wein meiner Prinzipien viel Wasser zu gießen, wie das jeder Politiker, auch der akademische Wirtschaftspolitiker, tun muß.

In der Versuchung, die der Umstand ausübt, daß der Weg zu Einfluß und damit zur Chance, unmittelbar Gutes zu wirken, beim Kompromiß liegt, verbirgt sich aber eine ernste Gefahr: Es gibt nämlich noch eine andere und auf lange Frist mindestens ebenso wichtige Aufgabe wie die, praktische Lösungen zu finden. Es ist die Aufgabe, langsam auf die öffentliche Meinung so einzuwirken, daß das Richtige, was heute politisch unmöglich ist, politisch möglich wird. Hier liegt meiner Ansicht nach die vorzügliche Aufgabe des akademischen Volkswirts. Das ist, was ich in diesem Zusammenhang mit »theoretisch« gemeint habe und was mir als eine der wichtigsten Aufgaben erscheint. Ich darf das sagen, weil, wie ich schon angedeutet habe, es äußere Umstände waren, die mich auf das Studium der allgemeinen Prinzipien verwiesen haben. Ich habe mich infolge meiner Wanderungen, erst nach England und dann in die Vereinigten Staaten, immer wieder in der Lage befunden, in der ich mich auch jetzt wieder befinde: Daß ich mich an Leser wandte, die über die konkreten Umstände, die die praktischen Probleme des Tages bestimmten, viel mehr wußten als ich. Der Beitrag, den ich leisten konnte, beruhte so stets darauf, daß meine Unbeschwertheit von lokalen und zeitgebundenen Problemen mir mehr Zeit gelassen hatte, mich mit den allgemeinsten, gewissermaßen zeit- und ortlosen Problemen zu befassen. In diesem Sinn will ich auch hier über die allgemeinsten Prinzipien einer wettbewerblichen Wirtschaftsordnung sprechen.

Das zentrale Problem, das ich schon angedeutet habe, läßt sich vielleicht am besten präzisieren, wenn ich die Bedeutung zweier viel gebräuchter Ausdrücke näher untersuche: Auch wenn wir uns darüber einig sind, daß das Ziel eine gut funktionierende Wettbewerbswirtschaft ist, so gibt es doch noch einen wichtigen Unterschied zwischen jenen, die hier die Rolle des Staates auf die Schaffung eines angemessenen permanenten rechtlichen Rahmens beschränken möchten, und jenen, die glauben, daß die Erhaltung des Wettbewerbs darüber hinaus

noch ständige Eingriffe der Staatsgewalt erforderlich macht. Was bedeutet nun aber eigentlich dieser Gegensatz zwischen »*permanentem Rahmen*« und »*Eingriffen*«? Sind wir damit nicht zurück beim alten Gegensatz zwischen »*laissez faire*« und Interventionismus? In gewissem Sinne, ja! Nur können wir jetzt den Sinn, der diesem Wortpaar unterliegt, genauer bestimmen; oder vielleicht sollte ich richtiger sagen, wir können jetzt den Sinn wieder erkennen, den diese Unterscheidung für eine Generation haben mußte, der gewisse rechtliche Begriffe noch Selbstverständlichkeiten waren, die seither sehr unklar geworden sind, wenn nicht sogar vergessen wurden.

Je mehr ich über diese Probleme nachdenke, desto mehr bin ich nämlich überzeugt, daß jene wirtschaftspolitischen Unterscheidungen nur im Rahmen jener allgemeinen juristischen Begriffe verständlich sind, die einmal durch die Ausdrücke »Rechtsstaat« und »Herrschaft des Gesetzes« umschrieben wurden. »Freiheit« und daher auch »Freiheit der Wirtschaft« bedeutete eben für die freiheitliche Bewegung, daß der einzelne nur durch jene Regeln gebunden war, die in gleicher Weise für alle Menschen und zu jeder Zeit gelten, und daß er keinerlei an ihn persönlich oder nur an eine bestimmte Gruppe von Menschen gerichteten Befehlen oder Verboten zu gehorchen hatte. Ja, ich möchte sogar noch weiter gehen und behaupten, daß die Wirtschaftsfreiheit, wie sie wahrscheinlich zum erstenmal im England des 18. Jahrhunderts verwirklicht war, zunächst einfach eine Folge der Verwirklichung des Rechtsstaates war, und daß erst als sich ihre wohltätigen Folgen gezeigt hatten, Adam Smith und andere die gleiche Freiheit für die wenigen noch beschränkt gebliebenen Gebiete, wie insbesondere den Außenhandel, forderten.

Ich habe schon vor zehn Jahren im »Weg zur Knechtschaft« auf den engen Zusammenhang zwischen dem Rechtsstaatsbegriff und einer Wirtschaftsfreiheit gewährenden Rechtsordnung hingewiesen und in diesem Zusammenhang den Begriff der Herrschaft des Gesetzes oder der »*rule of law*« in einer Weise interpretiert, in der ich wohl glaubte, daß er zu Beginn des liberalen Zeitalters verstanden wurde, ohne daß ich diese Definition irgendwo ausdrücklich ausgesprochen gefunden hatte. Meine Interpretation des Rechtsstaatsbegriffs ist dann oft angegriffen worden. Ich habe mich darum besonders gefreut, als ich vor einiger Zeit bei einem englischen Sozialphilosophen des späten 18. Jahrhunderts, bei William Paley, alle mir wesentlichen Punkte dieses Rechtsstaatsbegriffs zusammengefaßt fand. Da dies für das Folgende wesentlich ist, will ich hier die wesentlichsten Stellen in deutscher Übersetzung anführen:

»Der erste Grundsatz eines freien Staates ist, daß die Gesetze von einer Gruppe von Männern gemacht und von einer anderen angewendet werden; in anderen Worten, daß die Funktion des Gesetzgebers und die des Rechtes gesondert sind. Wenn diese Aufgaben in der gleichen Person oder Versammlung vereinigt sind, so werden für besondere Fälle besondere Gesetze gemacht, die

oft von praktischen Motiven bestimmt werden und persönlichen Zwecken dienen; wenn sie gesondert sind, wird *eine Gruppe* von Männern allgemeine Gesetze erlassen, ohne voraussehen zu können, wen sie betreffen werden; und wenn sie erlassen sind, so müssen sie von der anderen Gruppe angewendet werden, wen immer sie auch treffen.«

»... Wären die Gruppen und Interessen bekannt, die die Gesetze berühren, so würden die Neigungen der Gesetzgeber sich unvermeidlich der einen oder der anderen Seite zuwenden; und wenn es keine festen Regeln gäbe, die ihre Entscheidungen bestimmen, noch eine höhere Gewalt, die ihre Verhandlungen überwacht, so würden diese Neigungen die Integrität der Rechtsprechung stören. Die Folge davon wäre, daß die Staatsbürger unter einer solchen Verfassung entweder ohne feste Gesetze leben würden, d.h. ohne irgendwelche bekannte vorher niedergelegte Regeln der Rechtsprechung; oder daß sie unter Gesetzen leben, die für bestimmte Personen erlassen wurden und die all die Widersprüche und Unbilligkeiten der Motive widerspiegeln, denen sie ihren Ursprung verdanken.«

»Dieser Gefahr ist bei uns durch die Trennung der gesetzgebenden und der rechtsprechenden Funktion wirksam vorgebeugt. Das Parlament weiß nicht, wer die Individuen sind, auf die seine Gesetze Anwendung finden werden; es hat keine konkreten Fälle oder Parteien vor sich; es dient keinen privaten Plänen. Die Folge davon ist, daß seine Entschlüsse durch Überlegungen der universellen Wirkungen und Tendenzen bestimmt werden, Überlegungen, die immer zu unparteiischen und meist zu vorteilhaften Regelungen führen.«<sup>1</sup>

Man ist vielleicht zunächst geneigt, über die naive Zuversicht zu lächeln, die aus diesen Worten spricht. Aber bei sorgfältigerer Überlegung müssen wir uns fragen, ob nicht wir es sind, die infolge beharrlicher Vernachlässigung dieser Prinzipien das echte Rechtsgefühl verloren haben, das aus jenen Worten spricht. Wenn wir dazu bedenken, daß sie vor der Französischen Revolution und vor Kants Behandlung dieser Probleme geschrieben wurden, so müssen wir sie schon mit einigem Respekt betrachten. Tatsächlich enthalten diese wenigen Sätze nahezu alle wesentlichen Punkte einer zureichenden Definition der »rule of law« oder des Rechtsstaates.

Was hat das nun mit meinem Hauptthema, den verschiedenen Verfahren zur Sicherung der Konkurrenz, der angemessenen Gestaltung des permanenten gesetzlichen Rahmens einerseits und dem ad hoc Eingriff andererseits zu tun? Zunächst bietet uns diese Lehre eine wirkliche Unterscheidung zwischen dem,

---

<sup>1</sup> William Paley, »*The Principles of Moral and Political Philosophy*«, (1785) Ausgabe von 1824, Seite 348f. Für den Originaltext und die ganze Diskussion jener Zeit siehe auch meinen Aufsatz »Entstehung und Verfall des Rechtsstaatsideals« in *Wirtschaft ohne Wunder*, Zürich: Eugen Rentsch Verlag, 1953.

was ich das rechtliche Rahmenwerk und was ich spezifische Eingriffe genannt habe: Was in auf lange Sicht festgesetzten, in gleicher Weise für alle Personen geltenden und von den Gerichten anzuwendenden Rechtsregeln niedergelegt werden kann, ist nicht nur mit dem Rechtsstaat vereinbar, sondern schließt auch das, was im wirtschaftspolitischen Sinn als »Eingriff« zu bezeichnen ist, aus. Ein »Eingriff« in diesem Sinn ist nicht die Erzwingung einer allgemeinen Rechtsregel, sondern nur die auf Zweckmäßigkeitserwägungen und daher notwendig auf Ermessen begründete Verwaltungsentscheidung: die besonderen Befehle oder Verbote an bestimmte Personen oder Unternehmungen, die ihrer Natur nach unvorausehbar sind.

Der letzte Punkt ist von besonderer Wichtigkeit für uns. Das Funktionieren der Marktwirtschaft verlangt, daß wirklich vermeidbare Ungewißheit auf ein Minimum herabgesetzt wird. Das ist letzten Endes die wirtschaftliche Hauptaufgabe des Rechts und des Staates. Dies wird aber nur erreicht, wenn der Staat in der Anwendung seiner Zwangsgewalt an feste allgemeine Regeln gebunden ist und hauptsächlich dadurch wirkt, daß sich die Unternehmen an diesen voraussehbaren Tätigkeiten orientieren. Das Wesentliche ist, daß in diesem Falle nicht der Staat die konkreten Ziele der Wirtschaft bestimmt, sondern die einzelnen die Maschine des Staates für *ihre* Zwecke verwenden können. Das aber ist gerade das Wesen einer freien Wirtschaftsordnung.

Was ist nun die Konsequenz, die wir aus all dem für eine auf Erhaltung der Wettbewerbswirtschaft gerichteten Politik ziehen müssen? Auch da können wir uns natürlich der einen oder der anderen oder beider Arten von Verfahren bedienen: Wir können uns entweder darauf beschränken, die allgemeine Rechtsordnung so zu gestalten, daß eine Unterbindung der Konkurrenz schwierig oder unmöglich wird, oder wir können Behörden mit Ermessensvollmachten ausstatten, die jeweils zweckmäßigen Maßnahmen zu ergreifen, um, wo es für wünschenswert gehalten wird, Konkurrenz oder konkurrenzähnliche Zustände zu erzwingen. Ich brauche hier nur an die Geschichte der Kartellgesetzgebung in Deutschland oder der Anti-Trustgesetzgebung in den Vereinigten Staaten zu erinnern, um zu zeigen, wie die beiden Gesichtspunkte einander abgelöst beziehungsweise ineinander gespielt haben. Dasselbe gilt für das zweite Hauptgebiet, die Regelung des Gewerkschaftswesens. Auf diesen beiden (und den meisten anderen) Gebieten kann man sagen, daß man im 19. Jahrhundert im wesentlichen hoffte, durch eine entsprechende Gestaltung der allgemeinen Rechtsregeln die Bedingungen zu schaffen, die die Erhaltung der Konkurrenz sichern würden, während das 20. Jahrhundert vorwiegend zu Spezialmaßnahmen Zuflucht genommen hat, die man vielleicht im engeren Sinne des Wortes als »Marktpolizei« bezeichnen kann.

Ich will nun sofort gestehen, daß mir scheint, daß das 19. Jahrhundert da, wenn es seine Prinzipien auch nicht richtig durchgedacht hat, im Grunde auf

dem richtigen Wege war, daß wir eine befriedigend funktionierende Marktwirtschaft nur dann bekommen werden, wenn sich die staatliche »Regelung« auf die Festsetzung allgemeiner, von den ordentlichen *Gerichten* zu erzwingender Gesetze beschränkt und den Verwaltungsbehörden die Macht genommen ist, unter Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit nach Ermessensgrundsätzen einzugreifen. Ich glaube insbesondere, daß die Spezialbehörden, seien es Kartell- oder Arbeitsämter, denen wir heute die »Regelung« der Konkurrenz anvertrauen, grundsätzlich mit den eigentlichen Ordnungsprinzipien einer echten Wettbewerbswirtschaft unverträglich sind.

Mit anderen Worten: Ich glaube, daß wir das erzielbare Optimum der Wettbewerbsordnung erhalten, wenn sich der Staat einerseits, was selbstverständlich sein sollte, aller Konkurrenzbeschränkungen enthält (was insbesondere Enthaltung von jeder Schutzzollpolitik, jedes Bewilligungs- und Konzessionszwanges bedeutet) und andererseits das allgemeine Recht, insbesondere das Vertrags-, Gesellschafts- und Patentrecht so gestaltet wird, daß sie den Wettbewerb überall begünstigen und Wettbewerbsbeschränkungen verhindern. Ich glaube, daß, wenn diese Bedingungen erfüllt sind, Sondermaßnahmen zur Erhaltung des Wettbewerbes nicht nur nicht notwendig, sondern sogar schädlich sind; aber wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind, sich eine befriedigende Wettbewerbswirtschaft auch nicht durch eine auf direkte Aufsicht und Ermessensentscheidungen gegründete »Marktpolizei« herstellen läßt.

Ich bin mir natürlich völlig darüber im klaren, daß ich mich mit dieser Einstellung der gesamten modernen Entwicklungstendenz entgegenstelle. Ich will darum sofort die Gründe betrachten, aus denen die vorherrschende Meinung wenig Vertrauen in die Wirkung einer entsprechenden Gestaltung der allgemeinen Rechtsordnung setzt und fast durchweg Spezialregelungen durch Aufsichtsbehörden bevorzugt. Diese Gründe scheinen mir in zwei ganz verschiedene und zum Teil sogar widersprechende Gruppen zu fallen, die trotzdem in eigenartiger Weise zusammenarbeiten: Einerseits hofft man nämlich, besonders in neuester Zeit, einen Grad der Annäherung an das theoretische Modell der vollkommenen Konkurrenz herzustellen, das zweifellos durch eine bloße Befreiung der Konkurrenz von willkürlichen Beschränkungen nicht erzielt werden würde. Andererseits aber wollte man gar nicht *alle* Wirkungen der freien Konkurrenz zulassen, sondern nur jene, die die jeweils herrschenden Anschauungen als ersprießlich betrachteten, und *das* läßt sich schon gar nicht durch eine bloße Erzwingung allgemeiner Regeln erzielen.

Betrachten wir zuerst das erste dieser beiden Argumente. Es leitet sich vorwiegend aus der modernen Theorie der vollkommenen Konkurrenz ab. Diese Theorie bezeichnet als vollkommenen Wettbewerb einen Zustand, in dem völlig gleichartige Waren von einer Vielheit von Konkurrenten auf den Markt gebracht werden und der einzelne auf den Preis keinerlei Einfluß ausüben kann.

So ein Zustand kann auf manchen Gebieten, sagen wir dem Weizenmarkt, bestehen. Aber er kann nicht nur auf den meisten Gebieten gar nicht hergestellt werden, sondern er schließt komischerweise sogar die meisten Tätigkeiten aus, die wir in der gewöhnlichen Sprache als Konkurrenz bezeichnen, wie Produktverbesserungen, Reklame, persönliche Beziehungen zwischen Händlern und Konsumenten usw. Der *Prozeß* des Wettbewerbs und die meisten der wohltätigen Wirkungen des Wettbewerbs beruhen jedoch gerade darauf, daß der erfolgreiche Unternehmer zeitweilige Vorteile genießt, daß der Preis zwar ständig zu den Kosten tendiert, aber das Kriterium des Erfolges – und auch des Erfolges vom wirtschaftlichen Standpunkt – gerade darin besteht, daß der erfolgreiche Unternehmer überdurchschnittliche Gewinne macht. Der »Preis der vollkommenen Konkurrenz« ist auf so einem Markt eine rein fiktive Größe, etwas, das sich nur feststellen ließe, wenn nicht die Organisation des Marktes, sondern die realen Produktionsbedingungen anders wären, als sie es tatsächlich sind. Es ist eine reine Illusion zu glauben, daß irgendeine Marktaufsicht oder Marktkontrolle es zustande bringen könnte, daß die Marktpreise denen entsprechen, die bestünden, *wenn* vollkommene Konkurrenz herrschte – oder daß dies auch nur wünschenswert wäre<sup>2</sup>. Diese Illusion hat sich nichts destoweniger als sehr machtvoll erwiesen und übt ihren Einfluß heute besonders in jenen sozialistischen Kreisen aus, die unter dem Druck der Kritik die planwirtschaftlichen Ziele aufgegeben haben und angeblich eine wirkliche Konkurrenzwirtschaft anstreben. Ich fürchte, diese »Konkurrenzwirtschaft«, wenn sie je verwirklicht würde, würde sich als ebenso (wenn nicht noch mehr) von staatlicher Kontrolle abhängig erweisen wie die interventionistischen und planwirtschaftlichen Experimente der Vergangenheit.

Es handelt sich aber, meiner Ansicht nach, gar nicht darum, auf *allen* Märkten tatsächlich die Konkurrenz ständig in Gang zu erhalten. Was wir wollen, ist nicht universelle Konkurrenz, sondern universelle *Möglichkeit* der Konkurrenz. Ich sehe keine ernstlichen Bedenken dagegen, daß ein einziges Unternehmen in einem Artikel tatsächlich eine Monopolstellung hat und sogar durch lange Frist Monopolgewinne macht, weil es etwa einzigartige Vorteile der Lage oder der Begabungen der Unternehmer oder dergleichen besitzt – solange es nur jederzeit jedem, der noch billiger produzieren kann, freisteht, in die Konkurrenz einzutreten. Solange ein solches Unternehmen unter dem Druck potentieller Konkurrenz seinen Vorsprung bewahrt und billiger liefert, als es irgend jemand anderes könnte, sind die wesentlichen Funktionen des Wettbewerbs nicht außer Spiel gesetzt, auch wenn das Unternehmen über seine Kosten hinaus noch einen Monopolgewinn macht. Die ganze Menge dieses Artikels wird auf die billigste

---

<sup>2</sup> Vgl. zu dem Vorangegangenen meinen Aufsatz »Der Sinn des Wettbewerbs«, in: Hayek, *Individualismus*, 1952.

## Namenregister

- Aristophanes 154f.  
Aristoteles 70  
Austen, Jane 62
- Bendixen, Friedrich 162  
Bentham, Jeremy 81, 109  
Beveridge, William H. 159  
Böhm-Bawerk, Eugen von 145  
Bradley, Philip D. 30  
Bronowski, Jacob 156  
Brüning, Heinrich 149  
Burckhardt, Jakob 29
- Cairnes, John E. 160  
Cantillon, Richard 73, 145, 159  
Cassel, Gustav 145  
Cripps, Stafford 237f.
- Diogenes 155
- Einaudi, Luigi 121  
Eucken, Walter 66, 77, 98
- Fisher, Irving 145  
Ford, Gerald R. 127  
Franklin, Benjamin 106  
Friedman, Milton 59, 125, 137
- Galbraith, John Kenneth 60ff.  
George, Henry 251  
Gordon, Thomas 157  
Green, Thomas H. 159  
Gregory, Theodore 162  
Gresham 154  
Grose, Thomas H. 159
- Haar, Charles M. 251 ff.
- Hayek, Friedrich August 121, 138, 145,  
149, 161 ff., 174, 177, 209  
Hayek, Hella 145  
Hicks, John 108, 148  
Hitler, Adolf 148  
Hobhouse, Leonard Treluwney 263  
Hoppmann, Erich 161  
Hume, David 80, 145, 159
- Jevons, William Stanley 81
- Kant, Immanuel 7  
Kautsky, Karl 214  
Keynes, John Maynard 31 f., 61, 64, 75,  
81, 92, 95, 101, 107f., 122, 128f., 136,  
139, 145, 147f., 152, 158ff., 162f., 166,  
172, 176f., 231  
Keynes, Milo 139  
Kruschwitz, Lutz 220
- Lampe, Adolf 66  
Law, John 158ff.  
Locke, John 80, 145  
Loy, Claudia 161  
Ludwig XIV 157
- Marshall, Alfred 44, 80  
Marx, Karl 139  
McCulloch, John Ramsay 174  
Miksch, Leonhard 66  
Mill, John Stuart 81, 136, 160  
Mises, Ludwig von 128, 159, 162  
Müller-Armack, Alfred 4
- Newiger, Hans-Joachim 155
- Paley, William 6f.

- Pareto, Vilfredo 75  
Petro, Sylvester 31  
Pigou, Arthur Cecil 77, 108, 159, 162  
Plant, Arnold 251, 256  
Pribam, Karl 216
- Quesnay, Francois 107
- Rees-Mogg, William 137f.  
Reuther, Walter 30, 34, 37ff., 41ff.  
Ricardo, David 80, 129, 160, 174, 254  
Robbins, Lionel 162  
Robertson, Dennis H. 108  
Robinson, Joan 139  
Röpke, Wilhelm 140, 141
- Samuelson, Paul A. 146  
Schacht, Hjalmar 128  
Schmitt, Alfons 66  
Schnabel, Franz 66  
Schumpeter, J.A. 174, 215  
Seeger, Ludwig 155  
Senior Nassau William 160  
Shakespeare, William 164
- Sidgwick, Henry 81  
Sidney, Algernon 29  
Simon, Henry 44  
Smith, Adam 6, 16, 47, 81, 110  
Snow, Charles P. 62  
Stephens, Leslie 166  
Sraffa, Piero 129
- Tavernier, Jean Baptiste 157  
Thornton, Henry 160  
Trenchard, John 157  
Trollope, Anthony 62  
Turgot, Anne-Robert Jacques 107
- Vas, Philipp 182, 203, 214  
Vissering, Gerard 155
- Weber, Adolf 220  
Weber, Max 67, 68  
Wheatley, John 129  
Wicksell, Knut 159, 162  
Wolff 210f.
- Zimmermann, Waldemar 209

## Sachregister

- Abhängigkeitseffekt 60  
Aktiengesellschaft 19f., 34, 38f., 46–59,  
117, 252, 256  
Aktionär 47, 51–55, 57f.  
Aktionärsinteresse 52f.  
Angebotsmonopol 35  
Anpassungsgeschwindigkeit 169  
Anti-Monopol und Anti-Machtposition-  
Gesetzgebung 20  
Anti-Trust und Anti-Kartellgesetzgebung  
8, 22f.  
Arbeit 168, 170, 173  
Grenzproduktivität der 69  
Arbeitslosigkeit 33, 91–94, 96f., 99,  
101, 103f., 122–126, 128–130, 132,  
134f., 139–141, 144, 146–150, 152,  
155, 168, 170f., 199f., 215, 217f.,  
231f., 235  
Arbeitsmonopol 35  
Arbeitsökonomik 30  
Arbeitsproduktivität 35f.  
Arbeitsteilung 50, 172  
Arbeitnehmerorganisationen 30  
Arbeitslosenunterstützung 199  
Arbeitsproduktivität 35  
Auslandsanlagen 227  
Außenhandel 6  
Außenhandelstheorie 159  
  
Banksystem, internationales 157  
Baupolitik 197  
Befehl 6, 8  
Beschäftigung 13, 32, 93, 95–97, 123,  
125f., 128, 130, 136, 139–141, 149,  
160, 166, 174, 199  
Unter- 108, 176  
Voll- 31–33, 37, 91–94, 97, 101, 103f.,  
108, 122f., 125–127, 132f., 136, 138,  
142, 147, 149, 160, 173, 176  
Beschäftigungspolitik 137  
Beschäftigungsstand 99, 137  
Beschäftigungstheorie 172  
Beschäftigungswirkung 137  
Besteuerung 259, 261  
direkte 267  
progressive 115, 264  
der Gewinne 263  
von Kapitalgewinnen 115  
von Wertzuwächsen 255  
Bildungswesen, staatliches 61  
Bodennutzung 251–254, 256f.  
Bretton Woods-Abkommen 131, 143, 148  
Budgetdefizit 122, 131  
Budgetpolitik 229  
  
Clayton Act 23  
Common Law 11, 22, 24, 28  
  
Defizitländer 131, 152  
Deflation 135f., 140f., 231  
Deflationspolitik 135  
Deflationsprozeß 129, 136  
Deflationsspirale 33, 36, 124  
Demokratie 83f., 87f., 116, 126, 258  
Depression 33f., 36, 44, 104, 127, 134,  
136, 140, 215  
sekundäre 140f.  
Diskriminierung 21  
Preis- 21, 23  
Diskriminierungsverbot 22  
Durchschnittsproduktivität 35  
  
Eigentum 246  
Institution des 56  
Privat- 57

- Eigentumsrechte 50
- Eigentumsunternehmer 15
- Eingriff 6, 8
  - ad hoc 7
  - spezifischer 8
- Einkommen
  - Mindest- 199, 267
  - Real- 69f., 95, 225, 238
  - Volks- 110, 225, 227, 262
  - Einkommenspolitik 85, 177
  - Einkommensstruktur 85f.
  - Einkommensteuer (progressive) 19, 262
  - Einkommensungleichheit 260f.
  - Einkommensverteilung 85–87, 209, 216
  - Einkommensverteilung, Korrektur der/Einkommensumverteilung 122, 259
- Einzelmaßnahmen 78
- Empirismus 82
- Endnachfrage 103, 166, 168, 172f., 177
- Entwicklungsländer 110, 119
- Entwicklungstheorie 75
- Erfahrung 17, 20
- Ermessen 8, 11, 17
  - Ermessensentscheidung 9
  - Ermessensgrundsätze 9, 23
  - Ermessensvollmacht 8, 12, 21, 23
- Erschließungsgebühren 240–250, 255–257
- Erschließungsrechte 241f., 244, 257
- Europäische Währungseinheit 153
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 153
- Expansionspolitik 95–97
- Experimentieren, unabhängiges 38
- Exportindustrie 225f., 238
  
- Feedback-Prozesse 170
- Fehllenkung 222
- Finanzpolitik 124, 230, 232, 267
- Fiskalpolitik 30
- Fortschritt, wirtschaftlicher 260, 263
- Freihandel 24
- Freihandelszone 158
- Freiheit 6, 16, 83
  - Beschränkung/Bedrohung der 78, 252
  - persönliche 29, 66, 68, 78
- Regime der 20
  - Vertrags- 52f.
  - Wettbewerbs- 43
  - Wirtschafts-/der Wirtschaft 6
  - der Ansichten 72
  - des Handelns 72
  - unter dem Gesetz 16
- Gegenwartsgüter 165
- Geld
  - Kredit- 157, 173
  - Geldausgabe, Monopol der 152, 158
  - Geldentwertung 127
  - Geldlohn 32, 35, 69, 95f., 101, 104, 126, 129, 136, 216
  - Geldmechanismus 154
  - Geldmenge 32, 131
  - Geldmengenregulierung 137
  - Geldmengenzuwachs 174
  - Geldordnung 171
  - Geldpolitik 32, 53, 92, 100, 124, 127, 136f., 144, 150, 156
  - Geldschöpfung 122, 143
  - Geldtheorie 76, 101, 158f., 162
  - Geld(wert)stabilität 54, 130f., 137, 147
- Gerechtigkeit 44, 72, 85
  - distributive 70–72
  - kommutative 70–72
  - soziale 70, 85, 259
  - Gerechtigkeitsideal 70
- Gericht 9, 11, 23
- Gesellschaftsordnung (freie)/gesellschaftliche Ordnung 20, 43, 68, 117
- Gesellschaftsrecht 9, 53, 57f.
- Gesetz (juristisches) 6f., 9, 12, 14, 16–18, 22, 23, 25, 27, 53, 57f., 240–242, 248, 251f., 256–258
  - allgemeines 7, 22, 88
  - Freiheit unter dem 16
  - Herrschaft des 6
- Gesetz (wissenschaftliches)
  - Greshamsches Gesetz 154f.
- Gesetzgebung 12f., 19, 25, 28, 31, 87f., 117, 197, 248, 252, 258, 267
  - Anti-Monopol- und Anti-Machtposition- 20
  - Anti-Trust und Anti-Kartell- 8, 22f.
  - Begrenzung der 84
  - Kartell- 8

- Körperschafts- 19
- Mieten- 193, 204, 207
- Mieterschutz- 183
- Patent- 19
- Steuer- 19
- Wirtschafts- 27, 116
- Zoll- 19
- Gewerkschaft(en) 12, 30f., 34, 36f., 39, 44, 69, 104, 125, 133, 144, 199–201, 217
  - kollektive Zwecke der 40
  - Lohnpolitik der 68f., 133
  - Gewerkschaftsmacht 105
  - Gewerkschaftsmonopol 36
  - Gewerkschaftswesen 8, 31
- Gewinn(e) 10, 30, 37–42, 102, 115, 117, 192f., 195f., 198f., 202, 241, 243–247, 255f., 260, 262f.
  - Monopol- 10, 41
  - Gewinnbesteuerung/Besteuerung der 263
  - Gewinnbeteiligungspläne 39
  - Gewinnmaximierung 55
- Gleichgewicht 168f., 226, 233
  - Gleichgewichtsideal 169f.
  - Gleichgewichtskonzept 169
  - Gleichgewichtsmodell, allgemeines 171
- Goldstandard 160
- Goldwährung 127, 129, 137f., 143, 147, 151f., 157, 233
- Grenzkosten 13
- Grenzprodukt 35
- Grenzproduktivität der Arbeit 69
- Haftung, beschränkte 52, 57
- Herrschaft
  - des Gesetzes 6
- Herstellungskosten 184, 192
- Hochkonjunktur 36, 94, 124, 127, 149
- Höchstpreise 97, 183
- Hyperinflation 103
- Indexierung 125f., 133
- Industriekapital 42
- Inflation 30–32, 35, 69, 91, 94, 101–105, 110, 118, 122–135, 138–141, 143–147, 149–152, 155, 159, 229
  - Hyper- 103
  - importierte 132
  - internationale 143
  - kosteninduzierte/Kostendruck- 32, 125
  - offene 123, 127f., 146
  - progressive 104
  - zurückgestaute 91, 123, 146
- Inflationsdruck 91, 99, 233, 238
- Inflationspolitik 128
- Inflationsspirale 229
- Wirkungen der/Inflationswirkungen 97–99, 133
- Institution(en) 20, 30f., 43, 51f., 81, 100, 119, 143f., 151, 157, 252, 258
  - Währungs- 158
- Interesse(n) 7, 151
  - gemeinsame 15
  - gesamtwirtschaftliches 39, 49
  - öffentliches 14f., 25–27, 31, 44, 47, 52, 58f.
  - Partikular- 151
  - Sonder- 15, 48, 85
  - volkswirtschaftliches 12, 14, 21, 250
  - wirtschaftliches 13
- Interessengruppe/Interessentengruppe/Interessentenorganisation/Interessenvertretung (organisierte) 83, 84f., 87f., 151f.
  - Interessenkonflikt 43f.
- Intervention 3
  - Staats- 3
- Interventionismus 6, 84
- Investition 32f., 35f.
  - Investitionsgüterindustrie 33
  - Investitionskredite 141
  - Investitionspolitik 229, 235
- Kalvinismus 119
- Kapital 13, 36, 167f., 171–173, 188f., 198, 201, 218
  - Industrie- 42
  - Produktiv- 108, 116
  - Sach- 35
  - Verzinsung des 13
- Kapitalakkumulation 167
- (Real)Kapitalbildung(srate) 106–111, 113, 260
- Kapitalgüter 108, 171, 173, 202, 230

- Kapitalgüterindustrie 36, 94, 141 f., 150
- Kapitaltheorie 159
- Kapitalzins 189
- Nettoneukapitalbildung 263
- Kapitalismus 116, 124, 134, 167
- Kartell
  - Kartellbehörde 38
  - Kartellbildung 24
  - Kartellgesetzgebung 8
  - Kartellrecht 27, 28
  - Kartellverbot 22
- Kaufkraft 32 f., 36, 151, 202, 216
  - reale 126
  - Kaufkraftmangel-Theorie der Depression 33
  - Kaufkrafttheorie 33
- Keynesianische Ökonomie 139
- Keynesianische Revolution 101
- Keynesianische Theorie 101
- Knappheit 60
- Koalitionsrecht 31
- Körperschaftsgesetzgebung 19
- Körperschaftsrecht 19
- Kollektivvertrag 97, 155
- Kollisionsverbot 22, 24
- Kommando-Gesellschaft/Kommando-Wirtschaft 72
- Kommunikation
  - Kommunikationsprozeß 169
- Konjunktur
  - Hoch- 36, 94, 124, 127, 150
  - Konjunkturschwankungen 82, 96
  - Konjunkturtheorie (monetäre) 82
  - Konjunkturzyklus 140 f.
- Konkurrenz 9 f., 12, 14, 19, 25 f., 154, 196, 199
  - Beschränkung der 22
  - Erhaltung der 8
  - Förderung der 23
  - potentielle 10
  - Sicherung der 7
  - Unterbindung der 8
  - Verhinderung der 11
  - vollkommene 9 f.
  - Konkurrenzbeschränkung 9
  - Konkurrenzfähigkeit (internationale) 24, 190, 201
  - Konkurrenzwirtschaft 10
- Konsum, Veblenscher demonstrativer 61
- Konsumfähigkeit 202
- Konsumnachfrage 141 f., 146
- Konvertibilität, freie 228
- Konzessionszwang 9
- Kosten, volkswirtschaftliche 243 f., 250, 253
- Kostendruckinflation/kosteninduzierte Inflation 32, 125
- Kredit 31
  - Investitions- 141
  - Kreditexpansion 92–94, 127, 141, 143, 149, 231
  - Kreditgeld 157, 173
  - Kreditpolitik 30, 100, 109, 127, 232
  - Kreditschöpfung 174
- Kündigungsrecht 183
- Kündigungsverbot 183
- Laissez-faire 3, 6, 16
- Lenkung der Wirtschaft (zentrale) 3, 70, 76, 252, 256
- Liberalismus
  - Alt- 16
  - Grundprinzipien des 4
  - klassischer 16
  - Neo- 16
  - Wirtschafts-/wirtschaftlicher 3
- Lohn/Löhne 31–33, 35, 69, 93, 95–97, 101, 104, 108, 114 f., 129 f., 134, 136–138, 140–142, 155, 160, 173, 189 f., 199–201, 214–217
- Lohnbildung (monopolistische) 177, 214
- Lohnkontrollen 123, 128
- Lohnniveau 32, 96, 101, 104
- Lohnpolitik der Gewerkschaften 68 f., 133
- Lohnstruktur 130, 140, 148
- Lohntheorie 189
- Macht 9, 11, 17, 40, 47 f., 51 f., 54 f., 58, 85, 137, 147, 151
  - Gewerkschafts- 105
  - Monopol- 27
  - unbeschränkte legitime 84
  - wirtschaftliche 11, 28
  - Zwangs- 29
  - der Majorität 84

- des Staates/staatliche 21, 29, 58, 61, 87, 157
- Machtkonzentration 51
- Makrotheorie 76, 144
- Markt 20, 83, 86–88, 97, 127, 169, 171 f., 174 f., 177, 183–185
  - freier 69, 186, 188, 191–194, 196–198, 204, 211, 213, 221 f., 233, 253
  - gemeinsamer 158
  - spontane Ordnung des 86
  - Marktmechanismus 85, 136
  - Marktpreise 10, 185, 253
  - Marktprozeß 167 f.
- Marktwirtschaft 3 f., 8 f., 15, 43, 76 f., 83, 110 f., 124, 126, 134, 253
  - soziale 4
  - Theorie der 76
- Massenarbeitslosigkeit 92, 96, 135
- Meinung
  - öffentliche 5, 11–14, 24, 26, 34, 37, 39, 47, 99 f., 103, 106, 139, 231 f., 237
- Merkantilisten 107
- Mietenbeschränkung 193
- Mietengesetzgebung 193, 204, 207
- Mieterschutz 182 f., 186–188, 190, 192, 194, 197–204, 206–214, 216 f., 220–223
  - Mieterschutzgesetzgebung 183
- Mietzins 183–205, 209–211, 213, 216 f., 221
  - Mietzinsbeschränkung 185, 188, 191, 194, 198, 208 f., 212 f., 216, 217, 219 f.
  - Mietzinssteuer 185, 222
- Mikrotheorie 76
- Mindesteinkommen 199, 267
- Monetarismus 163
- Monetaristen 125
- Monopol 17–19, 22–24, 26 f., 39, 153, 199, 241, 243 f.
  - Angebots- 35
  - Arbeits- 35
  - gewerkschaftliches/Gewerkschafts- 36, 173
  - Post- 153
  - Staats- 153
  - wirtschaftliche Wirkungen des 11
  - Monopolbehörde 21
  - Monopolbildung 19, 24
  - Monopol der Geldausgabe 152, 158
  - Monopol der (legalen) Zwangsausübung 29
  - Monopolformen 12
  - Monopolgewinn 10, 41
  - Monopolkommission 26–28
  - Monopolmacht 27
  - Monopolmißbrauch 21
  - Monopolpolitik 21 f.
  - Monopolposition 16 f., 20, 27, 57
  - Monopolpreis 244
  - Monopolproblem 24, 27 f.
  - Monopolstellung 10, 22
  - Monopolwert 244
- Moral(regeln) 46, 106
- Nachtwächterstaat 87
- Nationalökonomie 65, 181, 185
  - ethische 67
  - theoretische 183
  - wissenschaftliche 182
- Neo-Liberalismus 16
- Ordnung(en) 74–76, 83, 163
  - abstrakte 74
  - Geld- 171
  - Gesellschafts- (freie)/gesellschaftliche 20, 43, 68, 117
  - politische 83
  - rechtliche 4
  - Rechts- 6, 8 f.
  - spontane 151
  - Währungs-, internationale 149, 152
  - Wettbewerbs- 4, 9
  - Wirtschafts- 17, 20, 43, 65, 77, 116
  - Wirtschafts-, freie 8, 117 f.
  - Wirtschafts-, kapitalistische 83
  - Wirtschafts-, planwirtschaftliche 110
  - Wirtschafts-, wettbewerbliche 5
  - Ordnungsprinzip(ien) 3, 9, 74
- Organisation 71, 76
  - monopolistische 13, 144, 199
- Parlament 7
- Partikularinteressen 151
- Patentgesetzgebung 19
- Patentrecht 9
- Person
  - juristische 19, 57
  - natürliche 19, 56

- Personaleinkommensteuer 19  
 Phänomene, komplexe 73  
 Planung 255  
     zentrale 91, 98, 248, 251  
     Planungsbehörde 112, 175, 253  
 Planwirtschaft 97, 99, 110–112, 238  
     zentrale 91, 97  
 Politik  
     dirigistische 17  
 Positivismus  
     logischer 82  
 Postmonopol 153  
 Preis(e) 9–11, 13f., 18, 33, 37f., 41, 71,  
 75f., 97, 102, 104, 108, 126, 130, 137,  
 146–148, 156, 163, 168–171, 173,  
 176f., 183f., 189–199, 201, 205, 212,  
 216f., 242–245  
     Anstieg der/Preisanstieg 123, 146, 159  
     Höchst- 97, 183  
     Marktpreise 10, 185, 253  
     Monopol- 244  
     relative 168, 170f., 173, 175f.  
     Signalfunktion von 162  
     Ungleichgewichts- 169  
     Preisbildung wettbewerbliche/freie  
     177, 183, 186f., 193, 196, 204, 219  
     Preisbindung 23  
     Preisdiskriminierung 21, 23  
     Preisfestsetzung 177  
     Preisfixierung 209f.  
     Preiskontrollen 123, 128, 146, 228  
     Preismechanismus 148, 237, 251  
     Preisniveau 82, 144, 190  
     Preissignale 164, 169  
     Preisstruktur 130, 144  
     Preisstruktur, Elastizität der 170  
     Preistaxe 183, 185  
     Preistheorie 75  
 Privateigentum 57  
 Privilegien 18, 31  
 Produktion 13  
     Produktionskapazität 13  
     Produktionsproblem 60  
     Produktionsstruktur 164, 168, 175  
 Produktivitätssteigerung 134  
 Produktivkapital 108, 116  
 Produktverbesserung 10  
 Progressionsprinzip 264–266  
 Quantitätstheorie 128, 144f., 163  
 Rahmen, permanenter 6f.  
 Rationierung 97, 187  
 Realeinkommen 69f., 95, 225, 238  
 Reallohnsteigerung/Reallohnanstieg 35,  
 37  
 Recht(e) 8f., 11f., 19, 65, 86  
     Eigentums- 50  
     Erschließungs- 241f., 244, 257  
     Funktion des 6  
     Gesellschafts- 9, 53, 57f.  
     Kartell- 26, 28  
     Koalitions- 31  
     Körperschafts- 19  
     Kündigungs- 183  
     Patent- 9  
     Schutz- 221  
     Vertags- 9  
     Rechtsordnung 6, 8f.  
     Rechtsprechung 7, 12f., 24, 31  
     Rechtsregeln 8, 46f., 50, 53, 87, 175  
 Rechtsstaat 6–8, 21, 23, 85, 88  
     Ideal des 17  
     materieller 84, 86  
 Regeln 6f., 11, 21, 47, 86, 151, 249f., 267  
     allgemeine 8f., 11, 16f., 23, 27, 29, 249  
     Moral- 46, 106  
     Regeln des gerechten Verhaltens 88  
     Regeln des Rechts/Rechtsregeln 8,  
     46f., 50, 53, 87  
 Reklame 10  
 Religion 119  
 Rente 188, 192  
     Gebäude- 193  
     Knappheits- 193  
     Rente der Lage 192f.  
     Rente der Qualität 192f.  
 Ressourcenallokation 165  
 Ressourcenverteilung 164  
     horizontale 164  
     longitudinale (vertikale) 164  
 Rezession 32f., 136  
 Ricardo-Effekt 174  
 rule of law 6f.  
 Sachkapital 35  
 Saint-Simonisten 60  
 Schutzrecht 221

- Schutzzoll 24
  - Schutzzollpolitik 9
- Sherman Act 22
- Sonderinteressen 15, 48, 85
- Sondervorteil 18
- Sozialisierungspolitik 234
- Sozialismus 42, 61, 70, 83, 117, 254
  - syndikalistischer 49
  - Theoretiker des 42
- Sozialpolitik 4, 67
- Sparen 106f., 109, 113–115, 118, 161, 232
  - erzwungenes 109
  - freiwilliges 108–110
- Sparquote 109
- Spirale, inflationistische 97
- Staat, 3–6, 8f., 11, 18, 21, 29, 31, 36, 58, 85–87, 99, 110f., 117, 119, 124–126, 143, 152f., 155–158, 238, 245, 252, 255–257, 263, 267
  - Gewalt des 20
  - Macht des 21, 29, 58, 61, 87, 157
  - Nachwächter- 87
  - Zuteilungs- 85
  - Staatseingriff 52, 77f.
  - Staatsgewalt 18
  - Staatsintervention 3
  - Staatsmonopol 153
  - Staatstätigkeit 3
- Stabilisierungskrise 128, 150
- Stadtplanung 251
  - Stadt- und Landesplanungsgesetz 240, 244, 248, 251, 255
- Stagflation 123
- Steuer(n) 263–265, 267
  - direkte 230, 267
  - Einkommen- (progressive) 19, 262
  - indirekte 230
  - Mietzins- 185, 222
  - Personaleinkommen- 19
  - progressive 263
  - Umsatz- 262
  - Steuergesetzgebung 19
  - Steuerpolitik 266, 268
  - Steuerprivileg 267
  - Steuerprogression 259f., 265–267
  - Steuersatz 264, 266f.
  - Steuersystem (gerechtes) 53f., 265
- Struktur
  - biologische 170
  - Einkommens- 85f.
  - Lohn- 130, 140, 148
  - Produktions- 164, 168, 175
  - Preis- 130, 144, 170
  - soziale 170
  - Wirtschafts- 15, 122, 126
  - Strukturpolitik 15–17, 21
- Syndikalismus 42–44, 83
- Überschußländer 131
- Umsatzsteuer 262
- Ungewißheit 8
- Unterbeschäftigung 108, 176
- Unterkonsumtionstheorien 107
- Unternehmen 8, 10f., 13, 17, 21f., 23, 34, 37–44, 48–51, 54–57, 112, 115, 243, 245–247, 266
- Unternehmer 10, 19, 22, 26, 99, 113, 115f., 173, 190, 194, 196f., 200, 238, 245, 262f., 266
- Eigentums- 15
- selbständiger 15
- Verbot 6, 8, 18, 23f.
  - Kartell- 22
  - Kollusions- 22, 24
  - Kündigungs- 183
- Verbraucherbedürfnisse 165
- Verdienst 72
  - moralisches 71
  - subjektives 71f., 264
- Vereinbarungen, kollektive 199
- Verfassung 7, 84, 88
- Verkehrswirtschaft 232
- Verschuldung 227
- Verstaatlichung 42, 151, 254
- Verteilung 177
  - Einkommens- 85–87, 208, 215
  - Einkommens-, Korrektur der/Einkommensumverteilung 122, 259
  - gerechte 170
  - Ressourcen- 164
  - Verteilungsproblem 60
- Vertrag
  - Kollektiv- 97, 155
  - Vertragsfreiheit 52f.
  - Vertragsrecht 9
- Verwaltungsbehörde 9
- Volkseinkommen 110, 225, 227, 262

- Vollbeschäftigung(ssituation) 31–33, 37, 91–94, 97, 101, 103f., 108, 122f., 125–127, 132f., 136, 138, 142, 147, 149, 160, 173, 176  
 Vollbeschäftigungspolitik (monetäre) 91f., 97, 131, 133, 139, 149f., 234f.  
 Vollbeschäftigungspolitik, keynesianische 125, 128
- Wachstumstheorie 110f.
- Währung 102, 129, 133, 155–158, 236  
 Abwertung einer 155  
 Außenwert einer 131  
 Gold- 127, 129, 137f., 143, 147, 151f., 157, 232  
 Währungsbehörde (internationale) 31f., 104, 131, 137, 143, 147, 151f., 154f., 157  
 Währungsinstitutionen 158  
 Währungsmarkt 157  
 Währungsnationalismus 158  
 Währungsordnung, internationale 149, 152  
 Währungspolitik 156, 158, 232  
 Währungssozialismus 158  
 Währungsstabilität 150  
 Währungssystem (internationales) 104, 124, 137  
 Währungsunion 157
- Wechselkurs 143, 155  
 fester 127, 131f., 143f.  
 flexibler 131, 143f.
- Welthandel 96
- Weltwirtschaftskrise 33, 129
- Werturteil 66, 68f., 183
- Wettbewerb 3–5, 12f., 17–19, 21f., 27, 28, 38, 76, 102, 112f., 156, 170  
 Beschränkungen des 12  
 Erhaltung des 11  
 Prozeß des 10  
 unlauterer (cutthroat competition) 12  
 vollkommener 9  
 als Ordnungsprinzip der Wirtschaft 4  
 Wettbewerbsbeschränkung 9  
 Wettbewerbsfreiheit 43  
 Wettbewerbsgesellschaft 19  
 Wettbewerbsordnung 4, 9  
 Wettbewerbssicherung 11  
 Wettbewerbswirtschaft 4f., 8f., 11f., 14f., 112f., 116f., 119, 256
- Whigs, englische 157
- Wiener Kreis 82
- Wirtschaft  
 freie 3, 26, 119f., 265, 268  
 Konkurrenz- 10  
 Lenkung der (zentrale) 3, 70, 76, 252, 256  
 Markt- 3f., 8f., 15, 43, 76f., 83, 110f., 124, 126, 134, 252  
 Plan- 91, 97, 99, 110–112, 238  
 sozialistische 261  
 Verkehrs- 232  
 Wettbewerbs- 4f., 8f., 11f., 14f., 112f., 116f., 119, 256  
 Zentralverwaltungs- 110, 112, 116  
 Wirtschaftsfreiheit 6  
 Wirtschaftsgesetzgebung 28, 116  
 Wirtschaftsliberalismus, klassischer 3  
 Wirtschaftsordnung 17, 20, 43, 65, 77, 116  
 Wirtschaftsordnung, freie 8, 117f.  
 Wirtschaftsordnung, kapitalistische 83  
 Wirtschaftsordnung, planwirtschaftliche 110  
 Wirtschaftsordnung, wettbewerbliche 5  
 zentrale Lenkung der/zentralgeleitete/zentral gelenkte 3, 70, 76, 146  
 Wirtschaftsparlament 83  
 Wirtschaftspolitik 3f., 11, 15–17, 25, 66f., 70, 77f., 91, 98–100, 109f., 115–117, 136, 145, 160, 170, 181, 227, 231f., 238f., 258  
 Wirtschaftspolitik, Prinzipien einer liberalen 4  
 Wirtschaftsstruktur, 15, 123, 126  
 Wirtschaftssystem 3, 42, 77, 92, 97f., 128, 251
- Wissen 17, 49, 163, 170, 176  
 Beschränkungen des 78  
 individuelles 169  
 theoretisches 79  
 von Tatsachen 76
- Wohlfahrt 15, 253
- Wohlfahrtsökonomie, Theorie der 77
- Wohnungspolitik 218f.

- Wohnungsproblem 181
- Wohnungszwangswirtschaft 211
- Zahlungsbilanz 225–228, 233
- Zahlungsbilanzausgleich 143
- Zahlungsmittel, gesetzliches 154
- Zentralbank 132, 143f.
- Zentralverwaltungswirtschaft 110, 112, 116
- Zivilisation 61
- Zoll 158
  - Zollgesetzgebung 19
  - Zollschutz 19
- Zuteilungsstaat 85
- Zutrittsschranken 39
- Zwang 13, 31, 61, 87
  - privater 29
  - Konzessions- 9
  - Zwangsausübung, Monopol der (legalen) 29
  - Zwangsgewalt (des Staates) 8, 17, 20, 31, 43, 87f., 153
  - Zwangsgewalt, private 29
  - Zwangsmacht 29
  - Zwangmaßnahmen des Staates 4
- Zwecke
  - kollektive 40